

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Harald Meußgeier

Abg. Jochen Kohler

Abg. Dr. Markus Büchler

Abg. Tobias Beck

Abg. Sabine Gross

Abg. Markus Striedl

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 16** auf:

Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Christin Gmelch, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)

Unverzöglichen Rücknahme der CO₂-Reduktionsziele für Lkw-Anhänger der EU-Verordnung 2024/1610 (Drs. 19/8451)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Kollege Harald Meußgeier.

(Beifall bei der AfD)

Harald Meußgeier (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Gäste, die noch auf der Bühne vorhanden sind! Zum Schluss kommt ja meistens das Beste. Brüssel hat offensichtlich nichts Besseres zu tun, als sich bei der heimischen Wirtschaft unbeliebt zu machen. Für uns ist klar: Die CO₂-Reduktionsziele für Lkw-Anhänger nach der EU-Verordnung 2024/1610 müssen unverzüglich zurückgenommen werden. Gerade für die Nutzfahrzeugindustrie, für unsere Spediteure und für die gesamte Transportwirtschaft werden dadurch erhebliche wirtschaftliche Risiken erzeugt, und das völlig unnötig. Wer heute in Bayern eine Spedition führt, kämpft nicht mit einem einzigen Problem, sondern mit einer ganzen Kette von Belastungen. Genau deshalb ist diese Verordnung nicht nur falsch, sondern völlig fehl am Platz.

Wir erleben derzeit ohnehin eine massive Belastung durch die hohen Dieselpreise. Der aktuelle Höchststand von Diesel war derzeit 2,45 Euro und ist keine Seltenheit. An Autobahnraststätten kostet er sogar circa 40 Cent mehr.

Die Bundesregierung gibt für die gestiegenen Kraftstoffpreise dem Iran-Nahost-Konflikt die Schuld, aber bei circa 60 % an Steuereinnahmen ist das ein fadenscheiniges Argument. Der Mittelständler, der Tag für Tag die unterschiedlichsten Güter von A nach B bringt, muss extrem gestiegene Energiekosten kalkulieren. Der Bundesver-

band Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung warnt, dass diese hohen Spritpreise eine Belastung für die heimische Industrie sind. Steigen die Transportkosten, steigen auch die Preise in der gesamten Wertschöpfungskette. Diese Entwicklung spüren wir doch längst, meine sehr verehrten Damen und Herren. Zur Dieselbelastung kommen die Mautbelastung und ein akuter Fahrermangel hinzu. Es fehlen Fachkräfte, die ja angeblich zu Scharen eingewandert sind.

Das alles und die stetig wachsende Bürokratie erzeugen den perfekten Kurs in die Insolvenz, meine sehr verehrten Damen und Herren. Der BGL spricht auch vom schleichenden Sterben des mittelständischen Transportgewerbes. Als AfD sagen wir klar, die Unternehmen brauchen mehr Freiheit für Innovationen, verlässliche Rahmenbedingungen und keine neuen Vorschriften, die Investitionen blockieren und Existenzen gefährden.

(Beifall bei der AfD)

Deshalb weg mit dieser unsinnigen EU-Symbolpolitik und der unnötigen CO₂-Bepreisung. Wir sagen klar: Weg mit der CO₂-Steuer und herunter mit den überbordenden Steuern zugunsten unserer heimischen Bevölkerung und Industrie. Die Staatsregierung sollte sich auf allen Ebenen mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die CO₂-Reduktionsziele für Lkw-Anhänger zurückgenommen werden, nicht irgendwann und nicht nach jahrelangen Prüfungen, sondern unverzüglich. – Herzlichen Dank und Bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Herr Kollege Jochen Kohler für die CSU-Fraktion.

Jochen Kohler (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute einen Antrag, den wir schon im Ausschuss behandelt haben. Die AfD fordert die unverzügliche Rücknahme der CO₂-Reduktionsziele für Lkw-An-

hänger. Kurz zu den Fakten: Die EU-Verordnung verfolgt hier ein klares Ziel. Sie verschärft die CO₂-Standards für schwere Nutzfahrzeuge und bezieht sich hier erstmals auch auf Anhänger. Warum? – Weil der Verkehrssektor ein zentraler Emittent ist und weil auch Anhänger trotz fehlenden Motors den Energieverbrauch eines gesamten Lkw-Gespans beeinflussen. Wieso ist das so? – Anhänger wirken sich über Gewicht, Aerodynamik, aber auch über den Rollwiderstand direkt auf den Kraftstoffverbrauch aus. Das ist kein ideologischer Ansatz, das ist technisch absolut nachvollziehbar, meine Damen und Herren.

Natürlich gibt es hier Kritikpunkte. Das Wirtschaftsministerium sagt klar, der Grundgedanke ist richtig, aber die Umsetzung muss praxistauglich sein. Genau das ist unser Ziel als CSU: verbessern statt abschaffen, nachjustieren statt zurückdrehen. Hier wird ohne solide Grundlage Angst geschürt. Moderne Verkehrspolitik funktioniert so nicht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die EU verfolgt mit dieser Verordnung ein übergeordnetes Ziel. Sie will den Verkehrssektor Schritt für Schritt klimafreundlicher machen, und das ist auch notwendig. Die Ziele sind klar definiert: minus 45 % bis 2030, minus 65 % bis 2035 und minus 90 % bis 2040. Das sind ambitionierte Ziele. Sie sind notwendig, wenn wir Klimaschutz ernst nehmen wollen.

Was ist unsere Aufgabe dabei? – Wir müssen die Unternehmen unterstützen, praktikable Lösungen schaffen und die Übergänge so gestalten, dass es für alle passt. Genau das soll jetzt passieren. Die Staatsregierung ist in engem Austausch mit der Branche. Sie setzt sich in Brüssel für Verbesserungen ein, prüft aber auch Anpassungen bei Strafzahlungen und Übergangsfristen. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist verantwortungsvolle Politik; denn die Zukunft der Nutzfahrzeugindustrie liegt nicht im Stillstand, sondern in Innovation, Effizienz und technologischer Weiterentwicklung. Genau dort setzen wir an. Die AfD fordert hier Rückschritt. Wir stehen für Fortschritt und Augenmaß. Daher lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Bevor ich Herrn Kollegen Dr. Bächler das Wort erteile, gebe ich bekannt, dass die AfD-Fraktion zu Tagesordnungspunkt 17, dem Antrag auf Drucksache 19/8832, namentliche Abstimmung beantragt hat. – Herr Kollege Dr. Bächler, bitte.

Dr. Markus Bächler (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! In der Sache hat der Vorredner Jochen Kohler schon sehr vieles gesagt. Wir lehnen den Antrag schon allein deswegen ab, weil im Antragstext der AfD mit nicht belegten Tatsachen und Unterstellungen hantiert wird. Darin stehen Zahlen, zu denen sich keinerlei Quellen finden. Wahrscheinlich hat man sich hier in den Boulevardmedien informiert. Das ist die einzige Stelle, wo man die Behauptungen wiederfindet. Ansonsten haben wir darüber schon im Ausschuss diskutiert. Wir werden den Antrag auch hier ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als Nächster spricht Herr Kollege Tobias Beck für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte.

Tobias Beck (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute noch einmal einen Antrag der AfD-Fraktion, der daherkommt, als würde er die Beschäftigten vor Überregulierung schützen. Eigentlich handelt es sich aber nur um Symbolpolitik und Stimmungsmache gegen die Europäische Union. Worum geht es genau? – Die genannte EU-Verordnung führt neue CO₂-Vorgaben auch für Anhänger ein. Lassen Sie mich eines klar vorwegnehmen: Selbstverständlich müssen wir genau prüfen, welche Auswirkungen dies auf unsere mittelständischen Betriebe hat. Herr Kollege Kohler hat das schon gut ausgeführt. Es gibt auch keine seriösen Belege dafür, dass durch diese Regulierung massive Arbeitsplatzverluste drohen. Branchenanalysten sind wesentlich zurückhaltender mit dem Thema. Meiner Ansicht nach ist das keine seriöse Politik, sondern vielmehr Theater.

Tatsächlich geht es bei der Regulierung hauptsächlich um Effizienzverbesserungen, zum Beispiel bei Aerodynamik und Energieverbrauch. Zudem sieht der europäische Rahmen ausdrücklich vor, die Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen im Blick zu behalten und entsprechende Unterstützung zu ermöglichen. Ich möchte gar nicht verschweigen, dass die Verbände aus der Transportwirtschaft von der EU-Verordnung nicht begeistert sind. Sie müssen mir nicht erzählen, vor welchen Herausforderungen die Branche steht, vor allem wenn man die Kostensteigerungen und den Personalmangel

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

bis hin zum Transformationsdruck sieht. Ich glaube aber, dass die Verordnung auch eine gewisse Hilfe für die Unternehmer ist, da man mehr Aerodynamik und mehr Effizienz

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

vorantreiben möchte, gerade wenn man auf die Preisanzeigen an den Tankstellen schaut. Wir brauchen hier in diesem Parlament aber eine sachliche Lösung, eine sachliche konstruktive Einflussnahme, auch auf europäischer Ebene, und eine sinnvolle Unterstützung für unsere Transportbranche. Dafür stehen wir als Regierungskoalition. Wir brauchen keine Zuspitzung und billige Polemik. Genau dafür steht dieser Antrag.

Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab. Ich möchte es kurz machen. Ich glaube, das ist bei dem Antrag zielführend. Ich bin zwar ein Sechziger-Fan und nicht so sehr am späteren Fußballspiel interessiert, aber der eine oder andere würde es sich vielleicht gerne ansehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie des Staatsministers Dr. Fabian Mehring und des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gross für die SPD-Fraktion.

Sabine Gross (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der AfD zielt auf die Rücknahme der CO₂-Reduzierungsziele für Lkw-Anhänger der EU-Verordnung 2024/1610 durch die Staatsregierung ab. EU-Verordnungen gelten in Deutschland unmittelbar ab Inkrafttreten. Eine Rücknahme der Verordnung durch die Staatsregierung ist schlicht nicht möglich, auch nicht in Teilen. Selbst der Antrag – –

(Zuruf von der AfD)

– Mund halten, nicht dazwischenplärren! Selbst der Antrag, dass sich die Staatsregierung für die Rücknahme auf allen Ebenen einsetzen soll, ist völlig überflüssig. Bereits im März haben das EU-Parlament und der EU-Rat gezielte Änderungen der Verordnung beschlossen, mit denen die Hersteller mehr Flexibilität haben, damit sie ihre CO₂-Emissionsziele bis 2030 erreichen können.

Klar ist jedoch, die Zukunft liegt in sauberer Mobilität ohne Verbrenner, auch bei Nutzfahrzeugen. Der von der EU eingeschlagene pragmatische Weg ist der richtige, um den Herstellern Flexibilität und Berechenbarkeit einzuräumen, die sie für den Übergang brauchen. Der Antrag der AfD ist hingegen geprägt von rückwärtsgewandter Verbrennergläubigkeit und EU-Feindlichkeit.

Der Verbrennermotor hat längst keine Zukunft mehr. Die Zahl der Elektronutzfahrzeuge in Deutschland wächst zwar noch nicht so stark, aber sie wächst stetig. Volvo, Daimler, Scania, MAN, Renault – alle haben längst begriffen, dass Elektromobilität auch bei Nutzfahrzeugen die Zukunft ist. Wenn sie nämlich nicht darauf setzen würden, würden sie von Chinesen und Koreanern überholt werden, wie es beim Pkw zum Teil schon der Fall ist.

Dieser Antrag ist nicht nur sinnlos, sondern auch wirtschaftsschädlich. Deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Moment bitte, Frau Kollegin Gross. Wir haben eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Striedl für die AfD-Fraktion.

Markus Striedl (AfD): Frau Kollegin Gross, Sie haben gesagt, dass sich Elektrofahrzeuge im Nutzfahrzeugbereich immer weiter durchsetzen. Ist Ihnen bekannt, ob schon ein einziges Elektrofahrzeug in Deutschland ohne massive Förderung von um die 80 % verkauft wurde? Ist das Ihre Vorstellung von "sich durchsetzen", oder reden Sie beim "Sich-Durchsetzen" davon, dass der Steuerzahler 80 % und die Firma 20 % zahlen?

Sabine Gross (SPD): Ich weiß jetzt gar nicht, wovon Sie reden. Wir haben 78.000 Elektrolieferwagen. Wir haben 21.000 kleine Elektro-Lkw zwischen 3,5 und 12 Tonnen sowie fast 10.000 mittelschwere und schwere Elektro-Lkw und Sattelzugmaschinen. Ich wüsste jetzt nicht, dass es dafür eine Förderung gegeben hat.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Abgeordneten Markus Striedl (AfD) – Harry Scheuenstuhl (SPD): Bravo! – Lachen bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind alle anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.